



## CDU Fraktion im Gemeinderat Eisingen

Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Eisingen am 24.04.2024

TOP 07ö/2024 und TOP 08ö/2024

**Stellungnahme der CDU Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsplan 2024  
und zum  
Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2024**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hottinger,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Eisingen,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

**„Und wieder grüßt der kranke Mann Europas“**

(Thomas Mayer, ehem. Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe in „Cicero“ vom 02.02.2024)

bereits in seiner vor einem Jahr vorgetragenen Haushaltsrede hat der Landrat des Enzkreises, Bastian Rosenau, darauf hingewiesen, dass die Grenzen dessen erreicht sind, was angesichts der Aufgabenfülle geleistet werden kann. In seiner Rede zum Kreishaushalt 2024 (gehalten am 6. 11.2023) hat Rosenau nochmals an die damalige Aussage erinnert und zudem darauf hingewiesen, dass (laut Forsa-Umfrage) nur noch 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Staat für fähig halten, seine Aufgaben zu erfüllen.

Letztere Zahlen verwundern wenig, da die Ausgaben fast aller öffentlichen Haushalte in Deutschland, auch die der Gemeinden, weiterhin ungebremst steigen, während die Belastungen für diejenigen, die das öffentliche Gemeinwesen mit ihren Steuern und Abgaben finanzieren, ein immer schwindelerregenderes Maß erreichen.

Um zu verstehen, wie es zu dieser Schieflage kommen konnte, lohnt ein Blick auf die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland, wie sie Thomas Mayer, früherer Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe, im Magazin „Cicero“ vom 2. Februar 2024 unter der Überschrift „Und wieder grüßt der kranke Mann Europas“ beschrieben hat ([www.cicero.de/wirtschaft/deutschland-wirtschaft-kranker-mann-europa](http://www.cicero.de/wirtschaft/deutschland-wirtschaft-kranker-mann-europa)):

Vor gut zwanzig Jahren kürte das britische Magazin The Economist – in Anspielung auf die desolate Lage des Osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert – die Bundesrepublik zum „*kranke Mann Europas*“. Im August 2023 vergab es diesen Titel erneut an Deutschland. In der Ausgabe vom 16. September riet Wirtschaftsminister Habeck daraufhin der Redaktion des Magazins, alles bis auf ihren letzten Euro darauf zu wetten, dass Deutschland wiedererstarken würde.

Wie immer in der Politik, wollte Robert Habeck nicht sein eigenes, sondern das Geld anderer für die Wette riskieren. Man kann für die Redaktion des Economist nur hoffen, dass sie Habecks Rat nicht gefolgt ist. Denn die jüngst veröffentlichten Daten für das deutsche Wirtschaftswachstum im letzten Jahr und die neuesten Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für dieses Jahr zeigen, dass sie die Wette verloren hätte.

Am 30. Januar veröffentlichte das Statistische Bundesamt die Daten für das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des letzten Jahres. Sie zeigten einen um Saison- und Kalendereinflüsse bereinigten Rückgang um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Da es in den früheren Quartalen des Jahres gerade mal stagnierte, schrumpfte das BIP im Gesamtjahr um 0,3 Prozent. Das war (erneut) die schwächste Wirtschaftsentwicklung in der Gruppe der G7-Länder.

Sogar das unter dem Brexit leidende Großbritannien und das mit Wirtschaftssanktionen belegte Russland schlugen sich besser.

Auch für das laufende Jahr 2024 belegt Deutschland in der neuesten Prognose des IWF mit einem Wachstum von 0,5 Prozent den letzten Platz unter den G7. Die russische Wirtschaft, die im letzten Jahr um 3,0 Prozent wuchs, soll mit 2,6 Prozent auch dieses Jahr auf einem robusten Expansionskurs bleiben.

Der Economist meinte in seinem Leitartikel vom August 2023, dass die „Krankheit“ diesmal nicht so schlimm sei wie um die Jahrtausendwende 1999/2000. Darin dürfte sich das Blatt jedoch getäuscht haben. Diesmal ist es

schlimmer. Die Krankheit hat sich nicht nur über die Wirtschaft weiter ausgebreitet, es fehlt der Politik auch die Einsicht, wie sie kuriert werden könnte.

In den beiden Legislaturperioden der ersten rot-grünen Regierung von 1998 bis 2005 wuchs die deutsche Wirtschaft um insgesamt 6,4 Prozent. Seit 2017 beträgt das Wachstum insgesamt nur noch 3,4 Prozent. Heute liegt das reale BIP um rund 7 Prozent unter dem Wert, den es erreicht hätte, wenn es mit dem Trend von 2010 bis 2019 weitergewachsen wäre. Anders, aber nicht unbedingt gesünder, verlief die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Rückblick:

Die Regierungszeit von Rot-Grün unter Gerhard Schröder 1998 begann mit einer Arbeitslosenrate von 9 Prozent und endete 2005 mit einer Rate von 10 Prozent – was auch ein wichtiger Grund für die Abwahl von Gerhard Schröder als Bundeskanzler war. Seit 2017 ist die Arbeitslosenrate dagegen von 3,4 Prozent auf zuletzt 2,9 Prozent gesunken. Was auf den ersten Blick erfreulich erscheinen mag. Doch dieser Rückgang ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass Deutschland aufgrund der altersbedingten Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung heute nicht mehr ein Problem des Arbeitskräfteüberschusses, sondern des Arbeitskräftemangels hat.

Dieser Arbeitskräftemangel geht einher mit der Abnahme der Arbeitsproduktivität – und ist neben der demografischen Entwicklung auch eine Folge davon. Seit Ende 2017 ist die Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem um rund zwei Prozent gefallen. Verantwortlich dafür waren ein schwaches Wachstum der Produktivität pro Stunde um gerade mal ein Prozent und ein dies mehr als kompensierender Rückgang der Arbeitszeit.

Wie früher in der DDR herrscht Vollbeschäftigung, ohne dass der Wohlstand fühlbar wächst. Das führt zu Frustration bei den Beschäftigten, die – anders, als es in der DDR möglich war – ihrem Unmut mit Streiks Luft machen. Das geht besonders gut im öffentlichen Dienst oder in staatsnahen Unternehmen, wo die Arbeitsplätze sicher sind.

Im Gegensatz zu heute änderte die frühere rot-grüne Regierung nach ihrer Wiederwahl im Jahr 2002 angesichts erdrückender Probleme ihren Kurs, hin zu marktwirtschaftlichen Lösungen. In dem Agenda 2010 benannten Maßnahmenpaket beschnitt sie den Sozialstaat, deregulierte den Arbeitsmarkt und senkte die Steuern. So fiel zum Beispiel die Belastung von alleinstehenden „Besserverdienern“ (mit Einkommen von 67 Prozent über dem Durchschnitt) mit Steuern und Sozialabgaben von 52 Prozent im Jahr 2003 auf 44 Prozent im Jahr 2005. Das schuf Anreize zu mehr Leistung.

Deutschland gesundete und wurde zum starken Mann Europas, ohne den die Währungsunion während der Eurokrise von 2010 bis 2012 wohl zerbrochen wäre. Es zeugt von der Ambivalenz der Gefühle unserer europäischen Nachbarn, dass einigen die neue Stärke Deutschlands damals auch nicht recht war.

Die Früchte der Politik von Schröder/Fischer konnte Angela Merkel einfahren. In ihrer (zu) langen Regierungszeit fiel die Arbeitslosenrate von 10 auf 3 Prozent, und das reale BIP wuchs mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 1,2 Prozent. Die Ampelkoalition kommt in ihrer ersten Halbzeit auf ein Jahreswachstum von gerade einmal 0,3 Prozent. Es wäre aber unfair, der Ampelkoalition die ganze heute sichtbare Misere anzuhängen. Den Weg dorthin haben die Regierungen unter Angela Merkel eingeschlagen.

Unter Merkels Ägide wurde die Agenda 2010 schrittweise rückabgewickelt, der staatliche Dirigismus intensiviert und der Sozialstaat ausgebaut. Die Staatsquote stieg von 47 Prozent im Jahr 2005 auf 51 Prozent im Jahr 2021. Die Staatseinnahmen wuchsen von 44 Prozent auf 47 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Kontrolle über die Außengrenzen und die Fähigkeit zur Landesverteidigung gingen verloren. Die Abhängigkeiten von Russland in der Energieversorgung und von China als Absatzmarkt für die deutsche Industrie stiegen.

Klimapolitik zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und Industriepolitik zur Durchsetzung politisch-ideologischer Anliegen erhöhten die Regulierungsdichte und ließen die Bürokratie wuchern. Ursula von der Leyen, Angela Merkels Gefolgsfrau, bläht als Präsidentin der Europäischen Kommission mit ihrer industriepolitischen „grünen Transformation“ bis heute Regulierung und Bürokratie von der EU-Ebene her kräftig weiter auf. Der Krankheitserreger durchdringt den Wirtschaftskörper von allen Seiten: von Berlin auf der nationalen Seite, aus Brüssel von der Europäischen Union und aus dem Ausland von einem feindlichen Russland, einem mit der eigenen inneren Schwäche ringenden aggressiven China und einer mit sich selbst beschäftigten und daher wenig rücksichtvollen USA.

Doch statt umzukehren und wieder mehr Marktwirtschaft zu wagen, geht die Ampelkoalition den von Merkel eingeschlagenen Weg weiter – nur schneller und weniger berechenbar. So hat sich der von US-Wissenschaftlern erhobene Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheit seit Antritt der Regierung Scholz/Habeck verdreifacht. Die Bürokratie wuchert noch schneller, und die Kosten für Elektrizität sind auf das Doppelte der Kosten in den USA oder China gestiegen.

Die unkontrollierte Einwanderung wenig qualifizierter Menschen in den deutschen Sozialstaat und die Auswanderung von Unternehmen und Fachkräften schwächen den Sozialstaat und unterminieren die Produktivität. Mit ihrer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (hin zur „Turbo-Einbürgerung für alle“) schuf die Ampel weitere Anreize für irreguläre Migration. Kein Wunder, dass das Geschäftsklima der Unternehmen und

die Stimmung der Konsumenten absacken und viele die Dysfunktionalität der Deutschen Bahn als beispielhaft für den Zustand des Landes empfinden.

Vermutlich fehlen aber sowohl Kanzler Scholz als auch Vizekanzler Habeck Einsicht und Mut, um das Ruder herumzureißen, wie es Schröder und Fischer getan haben. Scholz und Habeck scheinen zu glauben, sie könnten mit einer zentral geplanten „grünen Transformation“ der Wirtschaft, dem immer weiteren Ausbau des Sozialstaats und der Aufblähung des Staatssektors Wohlstand schaffen. Stattdessen vernichten sie ihn. Die Krankheit Deutschlands ist heute nicht nur schwerer als damals, sondern die Aussicht auf Besserung ist wegen mangelnder Einsicht der führenden Politiker in ihre Ursachen auch trüber. Finanzminister Lindner, Chef einer angeblich liberalen Partei, klammert sich an sein Amt und rechtfertigt seine Beihilfe zum Niedergang Deutschlands damit, noch Schlimmeres zu verhüten. Dabei muss es wohl erst noch schlimmer werden, bis es (vielleicht) wieder besser werden könnte.

Soweit nach Thomas Mayer in seinem Aufsatz vom Februar 2024.

Die von ihm beschriebene Aufblähung des Sozialstaats macht (natürlich) auch vor Eisingen und dem Enzkreis nicht halt. Sodass die Frage gestellt werden muss, ob überhaupt noch von einem Sozialstaat die Rede sein kann oder es sich inzwischen nicht eher um einen staatlich organisierten Sozialleistungs-Betrug handelt, durch den Einkommen und Vermögen Erwerbstätiger und Selbständiger enteignet und umverteilt werden. Immerhin ist der Anteil der Sozialausgaben an den Bundesausgaben in den letzten 10 Jahren von 47 auf über 54 Prozent gestiegen. Bund, Länder und Gemeinden wenden jährlich 1, 2 Billionen Euro für Sozialausgaben auf – das ist eine doppelt so hohe Summe wie der gesamte Bundeshaushalt. Eine Größenordnung, die völlig außer Verhältnis steht – und das weltweit.

Diese Situation schlägt sich dann im Enzkreis und in Eisingen so nieder: waren die (direkten) staatlichen Transferleistungen des Enzkreises von 2022 auf 2023 schon um 21 Mio. Euro auf 142 Mio. Euro gestiegen, wird für 2024 eine weitere Steigerung um 14 Mio. Euro auf dann 156 Mio. Euro erwartet, nach heutigem Stand in künftigen Jahren nach oben keine Grenzen gesetzt. So wundert es nicht, dass auch die von Eisingen zu leistende Kreisumlage (laut dem heute festzustellenden Jahresabschluss 2021) von gut 1,6 Mio. Euro im Jahr 2021 auf jetzt gut 2,5 Mio. Euro in 2024 gestiegen ist, was einer Steigerung um 52 % innerhalb von 3, 4 Jahren entspricht.

Kräftig gestiegen sind in Eisingen seit 2021 auch die Personalkosten. Betrugten diese in 2021 noch gut 2 Mio. Euro, wird im Planansatz 2024 mit Personalkosten von gut 3, 2 Mio. Euro gerechnet. Zwar ist dies zu einem großen Teil auf die Schaffung notwendiger neuer Kita-Plätze in den vergangenen Jahren zurückzuführen und der damit einhergehenden Notwendigkeit, auch mehr Personal zu beschäftigen. Aber auch in der Verwaltung

wurden in nicht unerheblichem Maß neue Stellen geschaffen, die dauerhafte höhere Personalkosten zur Folge haben.

Eine sehr gemäßigte Entwicklung hat auf der Ausgabenseite die Kostenerstattung für die Evangelische Kita genommen, die im Jahr 2021 rund 850.000,- Euro betrug und auch für 2024 mit rund 987.000,- Euro angesetzt ist.

Können wir uns für das Jahr 2021 in Eisingen noch über ein ordentliches Ergebnis von gut 2 Mio. Euro im Gesamtergebnishaushalt freuen, ist für das Jahr 2024 von der umgekehrten Entwicklung auszugehen, sodass mit einem Fehlbetrag in Höhe von ca. 2,3 Mio. Euro geplant werden muss, der zu Lasten unserer Rücklagen gehen wird.

Auch in den kommenden – schwierigen – Jahren müssen in Eisingen notwendige Projekte und Maßnahmen angegangen werden, von denen beispielhaft zu nennen sind: - die mit der Erneuerung der Ortsdurchfahrt verbundene Sanierung des Kanalnetzes, - die notwendige Sicherstellung der Wasserversorgung Eisingens, - Erhalt der Kita-Plätze in Eisingen, auch der 20 Plätze der Naturgruppe der Evangelischen Kita, denn der Bedarf ist vorhanden.

Ebenso muss das Betreuungsangebot an allen Kindertagestätten Eisingens gewährleistet werden.

Ein Anliegen ist es uns, dass die notwendige Sanierung des Bildungszentrums Königsbach jetzt endlich umgesetzt wird. Nach fast 10 Jahren Überlegen, Planungen und ersten Vergaben im Planungsstadium, wurde zu unserem Bedauern 2023 entschieden, das Projekt neu zu beginnen, ungeachtet der bereits entstandenen Kosten. Unseres Erachtens wird durch diese Überlange Zeit des hin und her am Ende keine Kostenersparnis zu erzielen sein. Zudem gehen die jahrelangen Verzögerungen zu Lasten der Schüler, Eltern und Lehrer. Ein vernünftiger Beitrag zum Bildungsauftrag wird so nicht geleistet.

Ein wirkungsvoller Beitrag zur Verbesserung der Wohnungssituation kann unseres Erachtens geleistet werden, wenn neue Baugebiete, auch unter Einbeziehung innerörtlicher Möglichkeiten, erschlossen werden. Einen Antrag auf Erschließung eines oder mehrerer Neubaugebiete für Wohnbebauung hatte die CDU Fraktion bereits am 9. Januar 2017 gestellt. Schon damals hatten wir darauf hingewiesen, dass Grundstücke für die Wohnbebauung in Eisingen nur noch sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Dabei war für uns auch schon immer klar, dass bei der Erschließung neuer Baugebiete insbesondere Aspekte des Ortsbildes, der finanziellen Machbarkeit und des Umwelt- und Landschaftsschutzes zu berücksichtigen sind, damit eine gesunde und lebenswerte Struktur der Gemeinde erhalten und gefördert werden kann.

Wiederholt weisen wir darauf hin, dass auch die Überarbeitung von teilweise aus den 1960er Jahren stammenden Bebauungsplänen in Angriff genommen werden muss, um mit unseren Vorschriften nicht den Erfordernissen des heutigen Bauens im Wege zu stehen und um letztlich auch gleiche Voraussetzungen und Rechtssicherheit für alle Bauherren zu schaffen.

Ebenso werden Maßnahmen zur Umsetzung der Barrierefreiheit in unserer Gemeinde notwendig bleiben.

So können die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Eisingen auch künftig für alle Eisinger eine attraktive Gemeinde bleibt, in der sich insbesondere auch junge Familien und ältere Menschen wohl fühlen.

Das immer offensichtlichere Problem der öffentlichen Hand, überhaupt noch finanzierbare (von ausgeglichen kann schon gar keine Rede mehr sein) Haushalte vorzulegen und umzusetzen stellt auch uns in Eisingen vor die Aufgabe, zu entscheiden, welche Maßnahmen wir ergreifen wollen und müssen, um der Gemeinde den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten.

Wie inzwischen immer mehr Gemeinden fordern, sollte ein Leitgedanke sein, dass öffentliche Ausgaben, insbesondere Investitionen, in erster Linie denen zugutekommen, die sie finanzieren.

Besonders die eingangs beschriebenen Situation und die (selbst durch die Ampelkoalition geteilte) Erkenntnis, dass Deutschland durch seine (nach Belgien) zweithöchste Steuer- und Abgabenlast der Industriestaaten als Standort international nicht mehr konkurrenzfähig ist, schließt unseres Erachtens weitere Erhöhungen auch kommunaler Abgaben und Steuern aus.

Stattdessen wird sich auch Eisingen eine Ausgabendisziplin verordnen müssen, die besonders beim Personal in absehbarer Zukunft keinen Spielraum nach oben mehr läßt.

Indes zeigen nicht nur die Beispiele des „Bürgergeldes“, dass trotz desolater Finanzsituation weder die „Ampel-Regierung“ im Bund noch die grün beherrschte grün-schwarze Landesregierung Willens sind, ihren Kurs zu ändern. Im Gegenteil: als wolle man Bürger und Gemeinden, die die unkontrollierte (und Großteils nicht mehr mit dem Asylrecht in Verbindung stehende) Migration längst nicht mehr bewältigen können, noch verhöhnen, hat die Bundesregierung durch ein Institut in Kairo Ende März 2024 auf arabisch für eine schnelle Einbürgerung in Deutschland geworben.

Obwohl die reformierte Grundsteuer am 1. Januar 2025 in Kraft treten soll, hat das Land immer noch nicht Zahlen vorgelegt, die es den Gemeinden ermöglichen, die Hebesätze so zu senken, dass die Grundsteuerreform am Ende auch (wie vom Bundesverfassungsgericht vorgeschlagen) aufkommensneutral bleibt und nicht zu einer weiteren kräftigen Steuererhöhung wird. Kombiniert mit hohen Grundstücksbewertungen, auf die die Gemeinden kaum noch Einfluss haben, entsteht der Eindruck, der Staat will auch hier an das Eigentum der Bürger kommen.

Über Instrumente wie eine „Kindergrundsicherung“, wie sie Familienministerin Paus anstrebt, soll dann erarbeitetes Eigentum an diejenigen umverteilt werden, die Großteils nie in deutsche Sozialsysteme eingezahlt haben.

Um dem entgegenzuwirken, dass ein zunehmend übergriffigerer Staat sich immer dreister am Einkommen und dem Eigentum der Bürgerinnen und Bürger bedient, wird es künftig verstärkt darauf ankommen, dass auch seitens der Gemeinden die Wiederherstellung recht- und verfassungsmäßiger Verhältnisse von staatlichen Stellen eingefordert wird.

Die CDU steht zum Asylrecht gemäß dem Grundgesetz für politisch Verfolgte. Die spätestens seit 2022 wieder stark angestiegene Einwanderung junger Männer hauptsächlich aus dem arabisch-islamischen Raum hat mit politischem Asyl aber kaum etwas zu tun, was spätestens durch die oben beschriebene „Werbeaktion“ der Bundesregierung belegt wird.

Deswegen hat es die CDU Fraktion bereits im Dezember 2023 abgelehnt, weitere Unterbringungsmöglichkeiten im Rahmen der unkontrollierten Zuwanderung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger anzukaufen.

Sollten künftig ähnliche Projekte zur Abstimmung stehen, werden wir diese ebenfalls ablehnen, weil wir der Meinung sind, dass Worten und Ankündigungen irgendwann auch einmal Taten folgen müssen.

Und letztlich auch nur so die Grundlage dafür geschaffen werden kann, dass der Staat, zum Nutzen aller, zu einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückkehrt: weg von Planwirtschaft, hin zu sozialer Marktwirtschaft.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan 2024 und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung zustimmen.



Bedanken möchten wir uns bei unserer Kämmerin Frau Rückriem für die fachmännische Führung unserer Gemeindefinanzen. Danke sagen wir allen Beschäftigten der Gemeinde Eisingen mit unserem Bürgermeister Sascha Hottinger an der Spitze.

Für die Gemeinderätinnen und –räte Hanspeter Karst, Ruth Gottwald, Monja Beck und Michael Oesterle wird dies der letzte Haushalt sein, über den ihr in euren Ämtern als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte entscheidet. Denn ihr tretet zur Gemeinderatswahl 2024 nicht mehr an. Deswegen an Sie und Euch ein besonderer Dank für das Miteinander und manchmal auch Gegeneinander der vergangenen Jahre. Doch wenn immer alle einer Meinung sind, kann gerade auch in politischen Gremien auch etwas nicht stimmen.

Unser Dank gilt auch unseren Kolleginnen der Fraktionen Freie Wähler Vereinigung Eisingen und Gemeinsam für Eisingen.

Dank auch wiederum an alle Bürgerinnen und Bürger sowie an die Gewerbetreibenden in Eisingen, denn es ist die Verwendung Ihres Geldes, über die wir heute entscheiden.

Für ihre Aufmerksamkeit vielen Dank.

#### **CDU Gemeinderatsfraktion Eisingen**

Christoph Schickle      Reinhard Hauser      Thomas Kunzmann